

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

16. APR. 1974

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. Mai 1973 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 2/1973 Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Ob Stagnation mit Inflation oder inflationärer Boom: Die breite Mehrheit der abhängig Beschäftigten in der BRD unterliegt durch Lohn- und Preisdruck, Teuerung und progressiv ansteigender Steuerbelastung in dreifacher Hinsicht einer massierten Ausbeutung durch die „konzertierte Aktion“ von Staat und privaten Unternehmen.

Für 1973 wird selbst vom Sachverständigenrat eine Gewinnexplosion vorausgesagt, die für eine Reihe großer Konzerne Zuwachsraten zwischen + 20 und + 50 Prozent erbringen dürfte; der Sachverständigenrat nimmt im Durchschnitt eine Nettosteigerung von + 17 Prozent an, allein im 2. Hj. von fast + 25 Prozent!

Dagegen sollen die Nettolöhne und -gehälter höchstens um + 9 Prozent zunehmen.

Die Profitmaximierung setzt eine in der BRD bislang unerreichte Inflation in Gang. Ein Anstieg der Preise für die private Lebenshaltung um + 10 Prozent zum Jahresende erscheint nicht mehr ausgeschlossen, nachdem die Nahrungsmittel aufgrund der EWG-Agrarbeschlüsse nochmals eine kräftige Verteuerung erfahren werden.

Darüber hinaus finanziert die Lohnsteuerprogression zu einem Viertel das gesamte Steueraufkommen der öffentlichen Hand (1973 über 61 Mrd. DM), wobei jedoch eine staatliche Ausgabenpolitik betrieben wird, die — besonders nach dem „Stabilisierungsprogramm“ der Bundesregierung vom 9. Mai d. J. — sich jeder spürbaren Infrastrukturreform enthält. Eine Umverteilung der Einkommen über den

Staat findet nurmehr — zwar indirekt — zugunsten der privaten Unternehmen statt.

Hierbei geht es darum, den Investitionsprozeß unbeeinträchtigt von staatlicher Konkurrenz in Bewegung zu halten. Investitionssteuer und Aussetzung der degressiven Abschreibung haben lediglich einen optischen Sinn, da die Steuer größtenteils überwälzt wird, die degressive Abschreibung für die vor dem 9. Mai begonnenen oder bestellten Investitionen weiterläuft.

Der Investitionsboom (1973 reale Zunahme mindestens + 8 Prozent) findet mit der Exportoffensive (1. Vj. d. J. Überschuß von rd. 6 Mrd. DM) seinen Niederschlag in der Ausweitung der Geldmenge (1. Vj. 1973/4. Vj. 1972 + 17 Prozent), der wirklichen Quelle der Inflation.

Länger wirkende Stabilität der Einkommen, Preise und Arbeitsplätze kann nur von einer Lohnpolitik ausgehen, welche die sichtbaren wie unsichtbaren Profitraten herunterzudrücken bestrebt ist. Nach Lage der derzeitigen Verhältnisse wäre vorerst von zu erkämpfenden Erhöhungen der Masseneinkommen um das Doppelte der Inflationsrate auszugehen, um wenigstens eine Reduzierung der Reallohne und -gehälter zu verhindern. Letzten Endes ist die krisenhafte Übersteigerung der Konjunktur aber nur durch einen Gewinnruck von der Lohnseite her abzubauen, um die schrankenlose Kapazitätsausdehnung, die Ursache späterer Krisen, einzudämmen. Hierin liegt auch der wesentliche Beitrag zur Realisierung der DGB-Zielprojektion, die von 1973–1977 eine jährliche Reallohnsteigerung von + 4,5 bis 5 Prozent für notwendig erachtet hat.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigtem

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Frauenlöhne, -gehälter

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe
und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Die rasche boomartige Ausweitung des BRD-Sozialprodukts wird getragen von einer noch rascheren Inflation; sie ist daher krisenbestimmt. Ungezügelter Profitmaximierung der großen nationalen und multinationalen Konzerne vor allem der Export- und Investitionsgüterindustrie verhindern jeden Versuch, den Preisauftrieb mit „marktwirtschaftlichen Mitteln“ auch nur zu verlangsamen.

Doch das marktwirtschaftliche Argument hat eine bestimmte wirtschaftspolitische Funktion: Unter Hinweis auf den als Nachfrage getarnten Geldüberhang wird die Bereinigung der Krise auf Kosten der Lohn- und Gehaltsabhängigen durchzusetzen versucht.

Das Gutachten der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute vom April d.J. sowie das Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 9. Mai liegen auf dieser Linie und dienen — im Hinblick auf den empfohlenen Maßnahmenkatalog — letztlich den Unternehmerinteressen. Ungeachtet der — auch von der Arbeitsgemeinschaft angesprochenen — Ursachen der Inflation wird in den Vorschlägen zu ihrer Behebung am Dogma des Lohndrucks festgehalten.

Hinsichtlich der Ursachen stellt die Arbeitsgemeinschaft ganz richtig fest: der Aufschwung entfalte sich von der Auslandsnachfrage, um über die Zunahme der Produktion auf die Investitionsneigung überzugreifen, was zur Erweiterung der Kapazitäten führe. (Gutachten, S. 8, 10)

Zum Jahresende wird aufgrund dessen vom Sachverständigenrat eine Zunahme des realen BSP um + 7 Prozent gegenüber 1972, des nominalen um + 14 Prozent, mithin eine Preiskomponente von + 7 Prozent erwartet. Nach dem Tempo der Inflation dürfte damit lediglich eine untere Grenze der Verteuerung umrissen worden sein.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1971 in %	1972 geg. d. Vorj.	1973
BIP, real	+ 2,6	+ 3,0	+ 7,0
Erwerbstätige	- 0,1	- 0,8	+ 0,5
Produktivität	+ 3,7	+ 4,6	+ 6,0
Anlageinvestitionen	+ 12,2	+ 5,0	+ 15
Nettoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 2,9	+ 8,0	+ 17
Übertragungen Staat an Unternehmen	+ 1,4	+ 16,1	+ 17,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 10,5	+ 9,1	+ 9
Abschreibungen	+ 13,8	+ 9,5	+ 10,5
BSP, nominal	+ 10,7	+ 9,2	+ 14
Preisniveau des BSP	+ 7,7	+ 6,1	+ 7

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1973, Kiel, 12. 4. 1973; Sachverständigenrat, Sondergutachten, S. 3, 9. 5. 1973)

Der Sachverständigenrat wie die Institute erwarten überdies einen erheblich gesteigerten Exportüberschuß. Dieser sowie die daraus folgenden Investitionen schlagen sich in einer übermäßigen Ausdehnung der Geld- und Kreditvolumen nieder, zusammen mit den Dollarzuflüssen im Februar/März d.J. die effektiven Quellen der Inflation:

- Zunahme der Bargeld- und Sichteinlagenbestände im März 1973 gegenüber März 1972 + 13,7 %
- Anstieg des Geldvolumens im 1. Vj. 1973 gegenüber dem 4. Vj. 1972 + 16,7 %
- Kreditausweitung an inländische Nichtbanken im März 1973 + 7,9 Mrd. DM
- davon an Unternehmen und Private + 6,9 Mrd. DM (Handelsblatt, 30. 4. 1973)

Erneut übertreffen damit die monetären Impulse das volkswirtschaftliche Produktionsergebnis. Diese Impulse gehen jedoch nicht von Löhnen und Gehältern aus, sondern sind Ausdruck kurzfristiger angestrebter Profitsteigerung.

Daß diese Ausweitung der, künstliche Nachfrage schaffenden, Kreditmassen gerade von Großunternehmen verursacht und beschleunigt wird, konstatiert selbst die Bundesbank mit Sorge. Sie forderte die Banken auf, „unechte“ Kreditwünsche von Großunternehmen nicht zu erfüllen, weil hierauf ein „Handel mit Krediten“ außerhalb des Bankensystems beruht. Damit werde die stabilitätsorientierte Politik der Kreditverknappung durchkreuzt. (FAZ, 4. 4. 1973)

Die horrende Geldvermögensbildung der Unternehmen (s. Kzf. 4.1), ihre monopolistische Preis-Profit-Strategie auf der Basis des hektischen Ausbaus von Überkapazitäten werden auch das neue Stabilitätsprogramm der Bundesregierung — wie das vom Mai 1971 — wirkungslos machen.

Dieses Programm enthält überdies Elemente, die es ins Gegenteil verkehren könnten; denn erneut besteht die Gefahr einer Überwälzung der Investitionssteuer von 11 Prozent auf die Preise, wie es schon 1971/72 nach Einführung des gleichen Instruments teilweise zu beobachten war.

Daß die Aussetzung der degressiven Abschreibung keinen spürbaren Rückgang der Investitionen erzwingen wird, resultiert aus der zeitlichen Begrenzung dieser Maßnahme auf ein Jahr. Zudem dürften die für 1973 geplanten Investitionen bis auf geringe Ausnahmen bereits in Auftrag gegeben worden sein; was vor dem 9. Mai jedoch geordert wurde, kann weiterhin degressiv abgeschrieben werden.

Die Stabilitätsabgabe für höhere Einkommen (rd. 4,6 Mrd. DM) verschließt die Quellen der Inflation ebenfalls nicht, da die Einkommen mit den Kartell- und Monopolpreisen nichts zu tun haben. Außerdem belastet sie höher verdienende Lohnabhängige und Mittelschichten unverhältnismäßig stärker als Kapitalgesellschaften. Letztere sollen nur 1 Mrd. DM aufbringen, während 500 000 Lohnabhängige und 300 000 andere Steuerzahler die restlichen 3,6 Mrd. DM zu tragen haben. Schließlich wird der von den Maßnahmen der Bundesregierung überhaupt nicht betroffene Export den Geldüberhang so hoch schrauben, daß dieser die „Stabilitätsabgabe“ ohnehin überkompensiert.

Greifbare Stabilitätserfolge lägen in einer aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik mit dem Ziel, die sichtbaren wie unsichtbaren Profitraten herunterzudrücken. Das wäre der Hebel, auf den tatsächlichen Inflationmotor dämpfend einzuwirken. (s. Kzf. 3.1)

Die 1973 zu erwartende Ausweitung des BSP (nominal 14, real 7 Prozent) mit einer mindestens 7prozentigen Preiskomponente ist Folge der Exportexpansion; darauf beruht das immense Investitionstempo. Beides bewirkt den Geldüberhang, nicht Löhne und Gehälter. Bargeld- und Sichteinlagenbestände März 1973/März 1972 + 13,7, Geldvolumen 1. Vj. 1973/4. Vj. 1972 + 16,7 Prozent, Kreditausweitung März 1973 + 7,9 Mrd., davon an Unternehmen + 6,9 Mrd. DM. Das „Stabilitätsprogramm“ der Regierung enthält wirkungslose und widersprüchliche Elemente: Bei der 11prozentigen Investitionssteuer besteht Überwälzungsgefahr, die degressive Abschreibung betrifft nicht mehr das laufende Investitionsprogramm, die „Stabilitätsabgabe“ verhindert nicht die Monopolpreisbildung. Zudem werden die Exporte nicht erfaßt.

1.2 Industrieproduktion

Zwar ist die Zunahme der gesamten industriellen Nettoproduktion im 1. Vj. 1973 — vergleichbar zum Vorjahrsquartal mit + 8,2 Prozent immer noch recht hoch, nahm indes um - 1 Prozent gegenüber dem 4. Vj. 1972 (+ 9,2 Prozent) ab.

Veränderung der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1971 2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. 1972	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. 1973
	+2,1	+0,8	-0,0	+1,1	+2,3	+2,1	+9,8	+8,2

(Quelle: INFO 1/1973, S. 3; BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973; Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 188*)

Der monatliche Verlauf im ersten Quartal d. J. war sehr unterschiedlich; das Spitzenresultat wurde im Februar mit + 12,2 Prozent gegenüber Februar 1972 erzielt.

Veränderung des Nettoproduktionsindex von Januar bis März 1972 (gesamte Industrie)

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)	Veränd. geg. d. Vorj. i. %
	1972	1973
Januar	152,2	162,3
Februar	158,3	177,6
März	166,2	177

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 65*; BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973)

Alle drei wichtigen Industriesparten waren am Spitzenausstoß im Februar beteiligt; die stärksten Ausstoßraten meldeten aber die Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 15,9 Prozent) sowie die Investitionsgüterindustrie (+ 12,6 Prozent im Vorjahresvergleich). Der Verbrauchsgütersektor hing mit + 11,2 Prozent ziemlich zurück, noch auffallender allerdings im Januar mit + 1,2 und März mit + 4,7 Prozent; in beiden Monaten sorgten die kapitalintensivsten Zweige für einen relativ hohen Gesamtausstoß:

Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- u. Prod.-güterind.	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Januar	149,5	157,1	154,6	156,5	167,5	189,6
Februar	156,8	176,6	157,7	176,7	178,4	206,7
März	163,8	175	165,3	173	189,5	208

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Januar	Februar	März
Investitionsgüterind.	- 6,2	+ 5,1	+ 3,8
Verbrauchsgüterind.	+ 1,2	+ 11,7	+ 4,7
Grundstoff- u. Prod.-güterind.	+ 1,3	+ 15,9	+ 9,8

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 65*; BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973)

Die Differenzierung zwischen den verschiedenen Industriesparten verdeutlicht, daß die boomartige Produktionsausweitung in der gegenwärtigen Konjunkturphase nicht mehr auf einer zunehmenden Erhöhung des Verbrauchsgüterangebots aus einheimischer Produktion beruht. Dies spiegelt mit großer Wahrscheinlichkeit die zurückgehende Realeinkommensentwicklung wider, was sich im Grunde schon im 4. Vj. 1972 abzeichnete, als — mit Ausnahme des chronisch strukturschwachen Kohlenbergbaus — auf die Textil- und Ernährungsindustrie mit + 5,4 bzw. + 2,9 Prozent die geringsten Zuwachsraten entsprechend der folgenden Aufstellung entfielen. Die stärker am Export beteiligten Zweige hingegen verzeichneten relativ hohe Produktionsziffern, wie etwa die Eisenschaffende Ind. mit + 23,5, der Straßenfahrzeugbau mit + 17,8, die Elektrotechn. Ind. mit + 16,4 oder die Chemische Ind. mit + 10,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Freilich waren an der gegen Jahresende einsetzenden Belebung der industriellen Fertigung überhaupt mehr oder weniger stark alle Sparten vertreten, bei der Textil- und Ernährungsindustrie wohl vorwiegend saisonbedingt.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriezweige

	1972, 3. Vj.	1972, 4. Vj.	Veränd. i. % 3. Vj. 1972	geg. dem 4. Vj. 1971
Industrie, insg.	152,4	180,0	+ 18,1	+ 9,2
Kohlenbergbau	71,1	79,2	+ 11,9	- 9,1
Eisenschaff. Ind.	140,7	144,3	+ 2,6	+ 23,5
Chemische Ind.	254,1	275,8	+ 8,5	+ 10,7
Maschinenbau	119,0	144,0	+ 21,0	+ 4,8
Straßenfahrzeugb.	151,7	196,4	+ 29,5	+ 17,8
Elektrotechn. Ind.	178,6	230,9	+ 29,3	+ 16,4
Textilindustrie	119,7	154,2	+ 28,8	+ 5,4
Ernährungsind.	139,9	167,5	+ 19,7	+ 2,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik 4/1973, S. 188* f.; INFO 3/1972, S. 3; Wirtschaftskonjunktur, Ifo-Institut, 2/1973, Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung, S. 6—10, 13)

Was das Produktionsvolumen in den kommenden Monaten betrifft, so geht nach wie vor die stärkste Dynamik von der Auslandsnachfrage aus, die als erste unmittelbare Auswirkungen auf die Investitionsgüter- und danach auf die Grundstoff- wie Produktionsmittelerzeugung mit sich bringt.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelind., öffentl. Energiewirtschaft) 1970 = 100

	Auftragseingangsindex	Veränd. i. Prozent Vormonat 1973	gegenüber dem Vorjahr 1972	1973
	1972	1973		
Januar	96	132	+ 11,9	+ 37,8
Februar	103	126	- 4,5	+ 22,2
März	118	137	+ 8,7	+ 16,7

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973)

Am höchsten war der Ordereingang bei der Investitionsgüterindustrie; er betrug von Januar bis März + 55,2, + 25,3, + 21,8 Prozent. Die Grundstoff- und Produktionsgüterind. buchte Aufträge in folgender Größenordnung: + 27,7, + 21,3, + 12,8 Prozent. Wie im Vorquartal entliefen auf die Verbrauchsgüterind. die relativ schwächsten Eingangsraten: + 15,3 + 16,9, + 12,1 Prozent.

Insgesamt ist nach dem Auftragsvolumen eine Produktionsreserve von 3,5 Monaten gesichert, berechnet nach dem Stand vom März d. J. Damit wurde die Produktionsreichweite vom Juni 1971 wieder erreicht, doch längst noch nicht die über 4 Monate liegenden Margen im Zeitraum von Mitte 1968 bis Mitte 1969. (ifo Schnelldienst, 18/1973, S. 1)

Wie einseitig die Binnenkonjunktur vom Export abhängt, veranschaulicht schließlich die nachstehende Gegenüberstellung:

	Inland-Aufträge Index 1970 = 100	Ausland-Aufträge Index 1970 = 100
	Index 1970 = 100	Index 1970 = 100
Januar	124	155
Februar	123	139
März	131	158

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973)

Auch der Umsatzanstieg im Vorjahresvergleich weist auf, daß der heftige konjunkturelle Antriebs — jedenfalls bis zum Frühjahr — vorwiegend exportinduziert ist. Der Unterschied zwischen Gesamt- und Auslandsumsatz blieb — wie in den Herbstmonaten — außerordentlich groß:

	Gesamtumsatz	Auslands- umsatz	Gesamtumsatz	Auslands- umsatz
	Gesamtumsatz	Auslands- umsatz	Gesamtumsatz	Auslands- umsatz
Dezember	- 1,4	+ 7,2	+ 9,8	+ 18,3
Januar	- 7,3	- 15,6	+ 16,7	+ 24,5
Februar	+ 1,3	+ 3,2	+ 11,3	+ 17,7

(Quelle: BMWI Monatsbericht 2, 3, 4/1973, III b)

Produktion, Aufträge und Umsätze waren im 1. Vj. 1973 geg. d. Vorjahr weiterhin von hohen Zuwachsraten gekennzeichnet, wobei der Export die stärksten Impulse gab. Die Nettoproduktion der gesamten Industrie erreichte eine Zunahme von + 8,2 Prozent, in den einzelnen Monaten jedoch von unterschiedlichem Ausmaß: Januar + 6,6, Februar + 12,2, März + 6,2 Prozent. Grundstoff- und Produktionsmittelind. mit + 13,2, + 15,9, + 9,8 Prozent und Investitionsgüterind. mit + 5,1, + 12,6, + 7,0 Prozent hatten die höchsten Ausstoßraten. Die Verbrauchsgüterind. blieb weit zurück: + 1,2, + 11,7, + 4,7 Prozent. Die Auftragseingänge zeigen ein gleiches Bild. Insgesamt nahmen sie von Januar bis März um + 37,8, + 22,2, + 16,7 Prozent zu. Die Investitionsgüterind. war überproportional (+ 55,2, + 25,3, + 21,8 Prozent), die der Verbrauchsgüter unterdurchschnittlich (+ 15,3, + 16,9, + 12,1 Prozent) beteiligt. Die Auslandsnachfrage liegt weit vor der des Inlands: im 1. Vj. 1973 insgesamt + 38,9 zur + 21,5 Prozent. Reichweite der Produktion im März 1973 3,5 Monate.

1.3 Außenwirtschaft

Der Investitionsboom und seine krisenhafte Kehrseite sind außenwirtschaftlich stimuliert. Die gegen Ende 1972 sprunghaft ansteigenden Auslandsaufträge (s. Kzf. 1.2) hielten — entsprechend der inflationären wie expansiven Weltkonjunktur in allen größeren kapitalistischen Ländern — bis zur Jahresmitte hinein ihr hohes Eingangsniveau.

Infolgedessen erweist sich einmal mehr das Abschwächungskonzept der Bundesregierung als illusorisch. Ende März, ein Monat nach Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts, wurde erneut das Mißlingen der postulierten „außenwirtschaftlichen Absicherung“ klar: Im 1. Vj. 1973 wurde ein Exportüberschuß von fast 6 Mrd. DM erzielt gleich + 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahrsquartal!

Handels- und Kapitalbilanzsaldo der BRD (in Mrd. DM)

	Januar 1972	bis März 1972
Handelsbilanz	+ 4,5	+ 5,9
Kapitalbilanz (+ Kapitalimport)	- 2,6	+ 6,4
darunter:		
Langfrist. Kapitalverkehr	+ 4,8	+ 0,4
Kurzfrist. Kapitalverkehr	- 7,4	+ 6,0

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 70*; BMWI Tagesnachrichten, 15. 5. 1973)

Der Handelsbilanzsaldo resultiert aus Exporten in Höhe von 41,7 Mrd. gegenüber Importen von 35,9 Mrd. DM. Die Währungsreserven stiegen im März d. J. um + 6,4 Mrd. auf 87,1 Mrd. DM an, das waren ca. + 38 Prozent gegenüber März 1972. (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 74*)

Der permanent anschwellende Exportsog verdichtet sich zusehends — sofern keine rasche und dauerhafte Lösung des Dollarproblems erreicht wird — zur abermaligen Währungskrise. Daran ändert auch nichts das „Blockfloating“ von sieben EWG-Ländern. Denn trotz des vereinbarten laufenden Saldenausgleichs der Blockländer untereinander in Gemeinschaftswährungen anstelle von Dollars ist vorgesehen, daß am Ende der Verrechnungsperiode die Überschüßländer erneut Dollars aufnehmen müssen. Hiervon dürfte hauptsächlich die BRD betroffen sein.

Wie die Februar-März-Krise sichtbar machte, ist trotz Kapitalverkehrskontrollen und 100prozentigem Bardepot ein spekulativer Dollarzufluß nur abzuwehren, wenn auch Depositenkonten für Dollars gesperrt werden. Das war nicht geschehen, was die Krise dann verlängerte.

Volkswirtschaftlich sinnvoller — nicht zuletzt auch infolge ihrer wachsenden unkontrollierbaren Machtfülle aufgrund einer systematischen Konzentrationspolitik — wäre allerdings die Verstaatlichung des Großbankensektors. Damit würde zugleich das während der letzten Währungskrise oft geäußerte Problem einer wirksamen Überwachung der Kapitalverkehrsströme zwischen dem In- und Ausland einer effektiven Lösung zugeführt, zumal die „marktwirtschaftliche Ordnung“ auf diesem Felde sowieso nicht mehr besteht.

Daß eine nochmalige Dollarschwemme für die BRD nicht auszuschließen ist, geht aus dem Drängen der USA-Regierung hervor, die D-Mark weiter aufzuwerten.

Die marktwirtschaftliche Ideologie sieht in Wechselkursanpassungen immer noch ein Mittel der Konjunkturpolitik. In Wirklichkeit verhält es sich anders: trotz der Aufwertung der D-Mark um ca. 6 Prozent ist das Volumen des Imports weder an das des Exports herangekommen, noch sind die Preise der Einfuhrgüter stabil geblieben: im März d. J. lag der Index der Einfuhrpreise um + 11,6 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat!

Das bedeutet: jede Neigung zu D-Mark-Aufwertungen ist durch die davon begleitete Spekulation ein Inflationsfaktor unabhängig von der laufenden Geldentwertung durch den Exportüberhang.

Die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute fordert als Beitrag zur Preisdämpfung eine Angebotserhöhung aus dem Ausland. Bleibt es jedoch bei der regionalen Außenhandelsstruktur, d.h. bei ihrer immensen Verflechtung mit den kapitalistischen Industrieländern, ist allein dadurch das Ziel aufgrund der weltweiten Inflation nicht erreichbar.

Erforderlich ist eine planvolle, gegen die Monopolinteressen gerichtete Neuorientierung des BRD-Außenhandels unter gleichwertiger Berücksichtigung der preisstabilen sozialistischen sowie der unter internationalem Preisdruck stehenden Rohstoffländer.

BRD-Außenhandel nach Regionen (in Mrd. DM)

	Ausfuhr 1971	1972	Einfuhr 1971	1972	Saldo 1971	1972
Alle Länder	136	149	120	129	+ 16	+ 20
Kapitalist.						
Industrieländer	107	116	92	99	+ 14	+ 17
EWG	63	70	62	69	+ 1	+ 1
EFTA	22	24	11	11	+ 11	+ 13
USA	13	14	12	11	+ 1	+ 3
„Entwicklungsländer“	23	25	23	24	+ 1	+ 1
Sozialist. Länder	6	8	5	5	+ 1	+ 2

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 71*)

Auf die sog. Entwicklungs- wie auf die sozialistischen Länder entfielen 1972 ca. 29 Mrd. DM an Einfuhren, gegen ca. 99 Mrd. auf kapitalistische Industrieländer, mithin kaum 23 Prozent der Gesamteinfuhren; die sozialistischen Länder allein waren nur mit knapp 4 Prozent beteiligt. 1971 lagen die Anteile noch bei über 23 bzw. über 4 Prozent.

Exportüberschuß im 1. Vj. 1973/1. Vj. 1972 + 31 Prozent = rd. 6 Mrd. DM; Kapitalbilanz + 6,4 Mrd., davon kurzfristige Zuflüsse (Dollarspekulation) + 6,0 Mrd. DM; Nettowährungsreserven insgesamt ca. 87 Mrd. DM, Zugang im März 1973 + 6,4 Mrd. Index der Einfuhrpreise März 1973/März 1972 + 11,6 Prozent trotz DM-Aufwertung von ca. 6 Prozent. Gesamteinfuhr 1972 129 Mrd., davon sozialistische Länder 5 Mrd. DM = 4 Prozent, aus „Entwicklungsländern“ 24 Mrd., dagegen aus kapitalistischen Industrieländern 99 Mrd. DM.

1.4 Investitionen

Zwei sich einander bedingende Faktoren treiben z. Z. das Investitionsvolumen der BRD in die Höhe: der Nachfragesog aus dem kapitalistischen Ausland und die Inflation.

Der mit den Bestelleingängen verbundene Rekordanstieg des Auslandsgeschäfts bringt um so schnelleren Profit, je kurzfristiger geliefert werden kann: Rationalisierung und Kapazitätserweiterung als Voraussetzung expansiver Produktion bewirken so den unversehens heftigen Boom im Investitionsgüterbereich. Nach dem ifo Konjunkturtest (ifo Schnelldienst 18/1973, S. 3) wurden die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wesentlich günstiger beurteilt als im Vormonat; im Vergleich zu den Vorjahren dürfte der Preisanstieg recht kräftig bleiben.

Der Faktor Inflation verstärkt zusätzlich die Investitionsneigung; wird nicht sofort investiert, muß später mit noch höheren Preisen gerechnet werden. Dieser Effekt birgt jedoch das wachsende Risiko unauslastbarer Kapazitäten in sich.

Die Aussetzung der degressiven Abschreibung für die Dauer eines Jahres entspricht zwar der Erkenntnis, daß der Verlust an Stabilität seine Ursache im umgekehrten unternehmerischen Profitstreben hat, und die technische Basis des Profits ist die Investition; aber diese Maßnahme erfaßt nicht mehr die für das laufende Jahr vorgesehenen Investitionen. Die Planungen der Industrie sind längerfristiger Natur.

Der Sachverständigenrat nimmt denn auch in seinem Sondergutachten für 1973 eine horrende Zunahme der Anlageinvestitionen von nominal + 15 Prozent an, das wären real + 8—10 Prozent.

War noch zu Jahresbeginn das Rationalisierungsmotiv vorherrschend (s. INFO 1/1973, S. 5), so schiebt sich mit dem Anschwellen der Auftragsbestände zunehmend die Kapazitätserweiterung in den Vordergrund.

Bleibt die Lohn- und Gehaltsentwicklung weiterhin restriktiv, so wird für 1974/75 infolge des Kapazitätenüberhangs abermals die wirtschaftspolitische Entscheidung zwischen Stagnation und Inflation fallen müssen. Die Konsequenzen tragen allein die wirtschaftlich Abhängigen. Um künftig solche zyklischen Überspannungen zu verhindern, ist zum ersten ein generelles

gesetzliches Verbot der degressiven Abschreibung erforderlich, zum zweiten eine planmäßige langfristige Investitionskontrolle seitens der öffentlichen Hand. Die Kontrolle ist zu ergänzen durch Kapitalumlenkung vom privatunternehmerischen in den öffentlichen Sektor, schon um der außerordentlichen Verteilungsschiefe (s. Kzf. 4.1, 4.2) entgegenzuwirken.

Bei der gegenwärtigen Aufteilung des volkswirtschaftlichen Gesamtkapitals erhält der Staat nur im Krisenfall — und nur über ein inflationäres „deficit spending“ — größere Investitionsmöglichkeiten. Hält jedoch der inflationsgetriebene Boom an, werden die staatlichen Investitionen relativ sowieso, aber auch absolut immer stärker gedrückt, wie das „Stabilitätsprogramm“ wieder zeigt.

Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen (Mrd. DM)

	Anlageinvestitionen insg. Unternehmen	Staat	Ausrüstungsinvestitionen insg. Unternehmen	Staat	
1969	146	123	23	67	65
1970	181	152	30	83	80
1971	203	172	31	91	88
1972	215	184	31	92	89

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 73, 78)

1.5 Beschäftigung

Trotz der lebhaften Produktionstätigkeit in den letzten Monaten lagen im März und April d. J. die Arbeitslosenzahlen um + 7,1 bzw. + 4,1 Prozent über denen im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Arbeitslosenquote betrug im April 1,1, im März 1,3 Prozent.

Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)		Differenz (II) — (I)	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Februar	369	347	502	570	133	243
März	268	287	537	603	269	316
April	231	241	555	622	324	381

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 178*; Handelsblatt, 9. 5. 1973)

Anhaltend bleibt der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, im konjunkturellen Aufschwung ein „billigeres“ Arbeitskräftepotential. Im April d. J. wurden 23 200 Neuvermittlungen (+ 45,6 Prozent gegenüber April 1972) registriert, im März über 26 000.

Auch zu Beginn des Jahres hielt die Tendenz sinkender Industriebeschäftigung an. Sowohl insgesamt als auch in bezug auf den Arbeiteranteil kam es im Januar 1973 zu prozentualen Abnahmen von - 1,2 bzw. - 1,6 Prozent gegenüber Januar 1972, sicher noch die Auswirkung produktivitätsstimulierender Rationalisierung im industriellen Bereich.

Industriebeschäftigung*

	Industriebeschäftigung in Mio.	insg. Abnahme geg. d. Vorj. i. %	darunter Arbeiter in Mio.	Abnahme geg. Vorj. i. %
1971	8,5	1,2	6,3	3,1
1972	8,3	2,3	6,1	3,2
1972, Januar	8,4	2,3	6,2	3,1
Dezember	8,3	1,2	6,1	1,6
1973, Januar	8,3	1,2	6,1	1,6

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5; Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 74*, 4/1973, S. 184*)
* ohne Bauland-, Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke; Betriebe mit 10 u. m. Beschäftigten

Nach wie vor aufwärts gerichtet ist die Beschäftigung im Handwerk: im Jahresdurchschnitt 1972 3,87 Mio., im 4. Vj. 1972 3,94 Mio.; 1968 waren es im Jahresmittel noch 3,75 Mio.

1.6 Umsatz je Beschäftigtem

Betrug der Umsatz je Beschäftigtem im Durchschnitt des Jahres 1972 noch rd. 6000 DM (= + 9,1 Prozent zum Vorjahr), so erhöhte sich diese Summe gegen Jahresende im Dezember auf 6400 DM und Januar 1973 auf 6200 DM. Das Januarresultat lag um + 19,2 Prozent über demselben Vorjahresmonat.

Wie in den Vorjahren ging diese Steigerung einher mit abnehmender Industriebeschäftigung und einem im Verhältnis zum Pro-Kopf-Umsatz langsamer wachsenden Gesamtumsatz.

Längst hätte die gewerkschaftliche Lohnpolitik diese Diskrepanz als ein Ausgangsdatum für Lohn- und Gehaltsforderungen berücksichtigen müssen; die Realeinkommen der Arbeiterklasse wären dann nicht in einen negativen Trend umgeschlagen.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM
1971	8,5	46,9	5,5
1972	8,3	49,7	6,0

	Verändg. geg. d. Vorj. i. %
1971	- 1,2
1972	- 2,4

(Quelle: INFO 2/1972, S. 6; Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 185*)

Im Dezember 1972 und Januar 1973 ergaben sich folgende Werte, woraus hervorgeht, daß der Pro-Kopf- den Gesamtumsatz weiterhin überflügelte:

	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM	Verändg. geg. d. Vorj. i. %	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM
Dezember	6,4	- 1,4	+ 9,8
Januar	6,2	- 0,7	+ 16,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 75*; 4/1973, S. 185*; BMWI Monatsbericht, 4/1973, II, III b)

2 Unternehmerrgewinne

2.1 Bruttogewinne

1972 haben die statistisch ausgewiesenen Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen um + 7,1 Prozent gegenüber 1971 zugenommen. Die Gesamtsumme belief sich auf rd. 96 Mrd. DM, das waren etwa 31 Prozent des Volkseinkommens. Der Sachverständigenrat schätzt für das laufende Jahr die Zuwachsrate der Unternehmerrtätigkeit brutto auf + 17 Prozent (Sondergutachten, S. 3). Für das 2. Hj. nimmt er eine Gewinnexplosion von 21 Prozent an. Hierzu ist zu berücksichtigen, daß diese Einkommen die von 2,8 Mio. sog. Selbständiger sind, unter die die gewinnstarken Aktiengesellschaften ebenso fallen wie die einkommensschwachen Landwirte, Einzelhändler, freiberuflich Tätige. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nimmt jedoch keine sozialstatistische Differenzierung vor. Außerdem sind die Bruttoeinkommen nicht signifikant für die effektive Gewinnentwicklung, da letztere erst durch die steuerlich begünstigten, d.h. zum Teil als „Kosten“ getarnten Innenfinanzierungsmittel bestimmt wird.

Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970	176,0	+ 9,7
1971	182,6	+ 3,7
1972	195,5	+ 7,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 76)

2.2 Nettogewinne

Die in der amtlichen Statistik veröffentlichten Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergeben sich aus der Differenz zwischen Bruttoeinkommen und direkten Steuern. Die Nettoeinkünfte stiegen 1972 gegen 1971 um + 7,1 Prozent.

Das WSI schätzt für 1973 die Netto-Unternehmergewinne auf ein Plus von ca. 14 Prozent. (WSI Mitteilungen, 4/1973, S. 134), der Sachverständigenrat in seinem Mai-Gutachten auf + 17 Prozent, im 2. HJ. allein auf + 24,5 Prozent!

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. I. %
1970	141,0	13,4
1971	145,5	3,1
1972	155,8	7,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 76)

Von den für 1972 angegebenen 156 Mrd. DM wurden 136 Mrd. als „entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte“ abgesetzt, so daß in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ca. 16 Mrd. DM an nichtentnommenen Gewinnen als Restbetrag ausgewiesen wurden. Dem stehen indessen fast 190 Mrd. DM an unternehmerischen Bruttoinvestitionen gegenüber. Da die Abschreibungen mit etwas über 88 Mrd. angegeben wurden, knapp 24 Mrd. DM an „Vermögensübertragungen“ (zu einem erheblichen Teil staatliche Subventionen) in die Finanzierungsrechnung eingingen, verbleibt ein Volumen von rd. 61 Mrd. DM, das mindestens zu 65 Prozent „selbstfinanziert“ wurde.

Daß sich im laufenden Jahr eine die Vorjahre weit übersteigende Gewinnexpansion abzeichnet, die den vom WSI und vom Sachverständigenrat geschätzten Durchschnittszuwachs z. T. noch hinter sich lassen dürfte, resultiert aus speziellen Gewinnanalysen für große Konzerne. Insbesondere im Maschinenbau, in der Montan-, Automobil- und elektrotechnischen Industrie sind überdurchschnittliche Profiterhöhungen zu erwarten: Klöckner-Humboldt-Deutz, Gutehoffnungshütte, DEMAG je + 50 Prozent, MAN + 37, AEG + 25, BMW + 22, VW + 20, Hoechst + 20. (Handelsblatt, 7. 5. 1973)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Von Unternehmenseite wird jede Verantwortung für die inflationäre Krise abgelehnt und den Gewerkschaften zuzuschreiben versucht. Da bisher – Folge schärferer Rationalisierung – die Lohnstückkosten nicht einmal so hoch stiegen, daß damit die permanenten Preisanhebungen zu rechtfertigen wären, bleibt als Argument der angeblich preistreibende Nachfrage-sog durch höhere Abhängigeneinkommen.

Die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute unterstützt diese Argumentation, wenn sie in ihrer Beurteilung der Wirtschaftslage folgende Auffassung vertritt: Das Bestreben der Unternehmen, ihre Gewinnspannen zu halten oder zu vergrößern, wird „zu einer Verstärkung des Preisauftriebs führen, zumal die Nachfrageentwicklung den Unternehmen keine preispolitische Zurückhaltung gebietet.“ (Gutachten, S. 13)

Die gleiche Linie vertritt der Sachverständigenrat, so er von der „zunehmenden Bereitschaft aller“ spricht, „mehr Güter bei stark steigenden Preisen nachzufragen.“ (Sondergutachten,

Ziffer 2). Auf der These vom inflationsfördernden Nachfrage-sog beruht der immer noch in der Diskussion befindliche allgemeine Konjunkturzuschlag sowie die Drohung, unter Umständen Löhne und Preise gesetzlich zu stoppen.

Ebensowenig wie ein genereller Konjunkturzuschlag zur Preisstabilität beitragen kann – wie der Versuch 1971/72 gezeigt hat – ist dafür der Lohn- und Preisstopp geeignet, da indirekte Preisanhebungen (über Mengen- und Qualitätsmanipulation) und Lohnsenkungen (Verschärfung der Arbeitsintensität, Steigerung der Produktivität) keinen Schranken unterliegen.

IG Metall und ÖTV haben überdies zu Jahresbeginn durch einen faktischen effektiven Lohnstopp für 60 Prozent aller abhängig Beschäftigten – die ausgehandelten Tarife kompensieren die Inflationsraten und Steuerprogression bei weitem nicht – den Beweis dafür geliefert, daß die Preise mit den Löhnen nichts, mit Profitmaximierung dagegen alles zu tun haben. Dies bestätigt indirekt sogar der Sachverständigenrat: „Die hohen Gesamtausgaben... lassen die Gewinne rasch steigen... Die Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (17 vH) übertrifft die der Lohneinkommen (13,5 vH) deutlich. Nach Abzug der Abgaben an den Staat ist dieser Unterschied noch größer.“ (Sondergutachten, Ziffer 2)

Wenn sich die Meldungen aus den Betrieben häufen, wonach die Unruhe der Belegschaften zunimmt, dann ist sie vor allem an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet, für eine Revision des Lohn-Gewinn-Mißverhältnisses zu sorgen. Die hohe Streikbereitschaft demonstriert dies am eindeutigsten.

Besonders die IG Metall ist als erste dazu aufgerufen, die Wende zur aktiven Lohnpolitik einzuleiten, zumal der Sachverständigenrat realistisch feststellt, die Grundlagen der Tarifabschlüsse am Jahresanfang seien durch die Schere in der Einkommensentwicklung zerstört. (Sondergutachten, Ziffer 12) Ein der gegenwärtigen Entwicklung angepaßtes lohnpolitisches Datum wären zu erkämpfende Abschlüsse in Höhe des Doppelten der Inflationsrate.

Indikator dafür, daß die bereits abgeschlossenen Verträge mit Tarifierhöhungen zwischen + 8,5 und + 10,5 Prozent der konjunkturellen Wirklichkeit nicht entsprachen, ist einmal mehr die seit dem 4. Vj. 1972 einsetzende positive Lohndrift:

Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigtem	Lohndrift auf Monatsbasis
Veränd. gegenüber d. Vorj. I. Prozent		
1972 1. Vj. + 9,3	+ 9,7	+ 0,4
2. Vj. + 9,2	+ 9,4	+ 0,2
3. Vj. + 8,7	+ 8,4	+ 0,3
4. Vj. + 8,6	+ 10,3	+ 1,7

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 69*)

Im Februar d. J. lag das Tariflohniveau – entgegen den Behauptungen der antigewerkschaftlichen Kampagne – immer noch lediglich um + 8,7 Prozent über dem des gleichen Vorjahresmonats.

3.2 Steuern und Abgaben

Während sich von Unternehmenseite der Druck auf Löhne und Gehälter verstärkt, erfolgt von den Steuern und Abgaben her ein noch intensiverer Zugriff auf die Masseneinkommen als in den Jahren zuvor.

Neben dem permanent wirksamen Lohnsteuerprogressionseffekt werden die Einkommen direkt oder indirekt reduziert durch die:

- Erhöhung der Mineralölsteuer im Juli d. J. um 0,05 DM je Liter,
- Neufestsetzung der Grundsteuer ab Januar 1974, die zu Mietsteigerungen führen wird,

– voraussichtlich ebenfalls für 1974 vorgesehenen Anhebung der Mehrwertsteuer um + 1 Prozent, was einer Mehrbelastung der Verbraucher um jährlich 5 Mrd. DM (aufgrund des heutigen Preisniveaus) entspräche.

Käme es zur Heraufsetzung der Mehrwertsteuer, würden Lohn- und Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer allein ca. 120 Mrd. DM ausmachen.

Derzeit ist bis Jahresende mit einem Lohn- und Umsatzsteuervolumen von rd. 112 Mrd. DM zu rechnen. Nach Vorausberechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, West-Berlin, wären das etwa 50 Prozent des Gesamtsteueraufkommens von etwa 226 Mrd. DM.

Das Institut geht für 1973 von einem um + 15 Prozent höheren Gesamtsteueraufkommen aus = 29 Mrd. DM mehr als 1972. Damit wächst der Anteil der Steuern am nominalen BSP auf ungefähr 25 Prozent. Von 1960 bis 1972 erhöhte sich das BSP auf knapp das Dreifache, Bruttolöhne und -gehälter ebenfalls um das Dreifache, die Lohnsteuereinnahmen indes um das Sechsfache: „Ohne die Progression der Lohnsteuer wären sowohl das gesamte Steueraufkommen als auch die gesamtwirtschaftliche Steuerquote gegenwärtig erheblich niedriger.“ (DIW Wochenbericht 17/73, S. 144)

Steueraufkommen 1972/73

	In Mrd. DM		Zunahme geg. d. Vorj. i. %	
	1972	1973	1972	1973
Lohnsteuer	49,8	61,3	16,3	23,2
Steuern vom Umsatz	47,0	51,4	9,5	9,4
Mineralölsteuer	14,2	16,6	14,6	16,7
Tabaksteuer	7,8	9,1	14,1	16,2
Kraftfahrzeugsteuer	4,7	5,0	13,5	5,9
Veranlagte				
Einkommensteuer	23,1	26,0	26,2	12,4
Nicht veranl. Steuern v.				
Ertrag	2,2	2,2	5,8	0,5
Körperschaftsteuer	8,5	9,7	18,4	14,3
Gewerbsteuer	14,9	16,7	20,6	12,5
Steuereinnahmen ins.	197,0	225,9	14,3	14,7
BSP	828,5	930,0		
Steuer- belastungsquote (i. %)	23,8	24,3		

(Quelle: DIW Wochenbericht, 17/1973, S. 144)

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Zwischen den Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit und der Nettolohn- und -gehaltssumme ergab sich 1972 eine Lücke von über 150 Mrd. DM, 1969 machte die Differenz noch knapp 100 Mrd. DM aus.

Die von Jahr zu Jahr zunehmende Diskrepanz hat ihre Ursache im Lohnsteuer- und Sozialversicherungsabzug (letzterer wurde im Januar d. J. erneut um + 0,5 Prozent erhöht), sieht man von den „zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber“ einmal ab (1969 ca. 4 Mrd., 1972 rd. 5,8 Mrd. DM), um die statistisch die Bruttoeinkommen verringert werden.

Die Gegenüberstellung von Bruttoeinkommen und Nettolöhnen, -gehältern weist auf die tatsachenverfälschende Argumentation gegen höhere Löhne hin; denn diese bezieht sich stets auf die Bruttoeinkommen, deren Nachfragewirksamkeit aber um über 50 Prozent durch Staat und Unternehmer (ihre Sozialbeiträge werden überwältigt) verringert wird.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. I. %
1970	237,15	14,8
1971	262,15	10,5
1972	286,00	9,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 76)

	Brutto- in Mrd. DM	Nettolohn- u. -gehaltssumme %/-Zunahme	in Mrd. DM	%/-Zunahme geg. d. Vorj.
1970	1138	14,7	881	12,1
1971	1273	11,9	967	9,8
1972	1393	9,4	1059	9,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 77)

3.4 Preise

Der Zusammenhang zwischen Profit- und Preissteigerungen tritt im laufenden Jahr so offensichtlich wie nie hervor.

Während die Unternehmereinkommen netto durchschnittlich um über 20 Prozent zunehmen werden (s. Kzf. 2.2), fallen die Zuwachsraten von Löhnen und Gehältern einer Preiswelle nach der anderen zum Opfer.

Die Unternehmen erhöhen Woche für Woche die Preise, drücken Löhne und Gehälter und verdreifachen so ihre Profite innerhalb eines Jahres.

Die Bundesregierung fordert zur Stabilität auf, sorgt jedoch durch ihre Steuer- und Agrarpolitik dafür, daß sich das allgemeine Preisniveau noch mehr heraufschraubt.

Die bevorstehende Erhöhung der Mineralölsteuer dürfte zu einer effektiven Kostenmehrbelastung führen, die dann von der Industrie sofort in den Preisen weitergegeben wird. Die Anhebung der Grundsteuer (ab 1. 1. 1974) dürfte Anlaß für Haus- und Grundbesitzer sein, höhere Mieten zu verlangen, wobei die Schätzungen bei durchschnittlich + 6 Prozent, in Einzelfällen + 12 Prozent liegen.

Die vor allem auf Druck der Bundesregierung beschlossene Erhöhung wichtiger Agrarerzeugnisse in der EWG (Rindfleisch, Milch) wird schon in Kürze spürbar sein. Die Nahrungsmittel stehen ohnehin schon an der Spitze der Preisskala für Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs.

Weitere Belastungen: ab Juli d. J. ist mit zwischen + 10- und 13prozentigen höheren Haftpflichtversicherungsprämien für PKW zu rechnen.

Die Textilpreise sind immer noch in Bewegung, nachdem sie binnen Jahresfrist um + 10 Prozent angezogen haben. Nach den Nahrungsmitteln sind sie die teuersten Konsumprodukte.

Preisentwicklung bis April 1973

(Index, 1962 = 100, alle privaten Haushalte)

	Lebenshaltungskosten insg.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrz. Fahr.	Fremde Verkehrsleistungen
1972	13,79	183,1	143,7	119,0	142,2
1972, Januar	134,5	178,6	141,6	115,3	141,3
Februar	135,1	179,5	142,9	118,7	141,4
März	135,8	180,6	142,9	119,0	141,8
April	136,1	181,3	141,1	119,0	141,9
1973, Januar	143,3	189,5	151,9	119,9	143,1
Februar	144,3	190,1	153,1	122,1	151,5
März	145,2	191,2	153,3	124,6	152,4
April	146,3				

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 225*, S. 227*; FAZ, 11. 5. 73)

Im einzelnen stieg der Preisindex (April 1973/April 1972):

- der Lebenshaltung insgesamt um + 10,2 Punkte = + 7,5 Prozent von März 1972 bis März 1973
- der Wohnungsmieten um + 10,6 Punkte
- von Elektrizität, Gas, Brennst. um + 10,4 Punkte
- von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um + 5,6 Punkte
- für Fremde Verkehrsleistungen um + 10,6 Punkte

Überproportionale Verteuerungen erfuhren von März 1972 bis März 1973 unter anderem

— Kartoffeln	mit + 55,6 Prozent
— Frischfleisch	mit + 23,8 Prozent
— Frischobst	mit + 16,5 Prozent
— Frischfleisch	mit + 15,1 Prozent
— Nahrungsmittel insgesamt	mit + 8,8 Prozent

(Quelle: Handesblatt, 9. 5. 73)

Die unterschiedliche Teuerung in bezug auf die Lebenshaltung der verschiedenen Haushaltstypen im März 1973:

— Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen	+ 7,9 Prozent
— Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern	+ 8,7 Prozent
— Einfache Lebenshaltung eines Kindes	+ 9,7 Prozent
— Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 6,8 Prozent

(Quelle: Kölner Rundschau, 12. 5. 73)

3.5 Realeinkommensentwicklung

Realeinkommen eines Ledigen bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen pro Monat von DM

	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
	in DM					
Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	119	137	171	206	238	100,0
— Kirchensteuer*	12	14	17	21	24	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	656	709	798	875	941	43,4

In Punkten

Lebenshaltungskost. (1962 = 100)	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
Kaufkraft des Nettoeink. (1968 = 100)	656	691	772	805	819	24,8

In Prozent

Bruttoeink.-Zuwachs Nominal-	9,2	14,7	11,9	9,1
Nettoeink.-Zuwachs	8,1	12,6	9,6	7,5
Realeink.-Zuwachs	5,4	8,8	4,4	1,7

Realeinkommen eines Verheirateten mit 1 Kind

Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	80	96	125	156	184	130,0
— Kirchensteuer*	9	10	13	16	18	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	698	754	848	930	1001	43,4

In Punkten

Lebenshaltungsk. Kaufkraft des Nettoeink.	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
	698	735	799	833	848	21,5

In Prozent

Bruttoeink.-Zuwachs Nominal-	9,2	14,7	11,9	9,1
Nettoeink.-Zuwachs	8,0	12,5	9,7	7,6
Realeink.-Zuwachs	5,3	8,7	4,5	1,8

*) Lohnsteuer nach den geltenden Sätzen, davon 10 Prozent Kirchensteuer; Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt 13,4 Prozent ohne Berücksichtigung der Anhebung des Krankenkassenbeitrags um 0,5 Prozent vom Juli 1972; alle Abzüge aufgerundet.

Von 1968 bis 1972 ergab sich bei Ledigen eine progressiv wirkende steuerliche Belastung von + 100 Prozent, bei Verheirateten mit 1 Kind sogar von 130 Prozent; die Sozialversicherungsbeiträge durchliefen eine Steigerung von + 52,4 Prozent, die Preise für die Lebenshaltung eine von + 18,4 Prozent.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Prognose nicht falsch sein, daß 1973 eine Realeinkommensminderung bis in den negativen Bereich unausweichlich ist, wenn die Entwicklung von Löhnen und Gehältern an den zu Jahresbeginn abgeschlossenen Tarifverträgen mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von höchstens + 8,5 Prozent ausgerichtet wird.

Schon im Hinblick auf den verschärften konfiskatorischen Charakter von Steuern und Abgaben (s. Kzf. 3.2) waren die Kompromisse im Metallbereich und im öffentlichen Dienst fragwürdig. Dies um so mehr, als die DGB-Zielprojektion für 1973 eine Reallohnsteigerung von + 4,5 bis + 5,0 Prozent anvisierte. Noch in der Zielprojektion 1971–1973 wurde für das laufende Jahr bei den Beschäftigten die Hoffnung auf eine über 12prozentige Erhöhung ihrer Nettoeinkommen geweckt.

3.6 Arbeitszeit

Bereits im Oktober 1972 begann die durchschnittliche effektive Arbeitszeit in der Industrie anzusteigen; mit insgesamt 43,2 bezahlten Wochenstunden wurde der Tiefpunkt vom Juli 1972 (43,0) überwunden.

Die Ausweitung der Produktion ist gewöhnlich auch auf Überstunden zurückzuführen. Unter den verteilungspolitischen Bedingungen — zumindest bis zur Mitte des Jahres — sind Überstunden allerdings keine Basis mehr für wachsende, sondern nur noch teilweise Kompensation fallender Reallohne.

Bezahlte Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriebeschäftigten

	männlich	weiblich	Insg.
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Juli	44,2	40,4	43,4
Oktober	44,2	40,6	43,5
1972, Juli	43,8	40,4	43,1
Oktober	43,9	40,5	43,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 208, 231*; INFO 1/1973, S. 9)

3.7 Frauenlöhne und -gehälter

Im Anschluß an die globale Darstellung der beruflichen Situation sowie Einkommenslage der Frauen in der BRD in INFO 1/72 sollen nachstehend die Lohn- und Gehaltsstruktur der weiblichen Arbeitskräfte in Industrie und Handel untersucht werden.

In diesen Bereichen waren 1970 fast 5 Mio. Frauen beschäftigt; Arbeiterinnen wurden ca. 3,5 Mio. gezählt. (Ergebnis des Mikrozensus; Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau, Deutscher Bundestag, Drucksache VI/3689, Tabellenanhang, S. 66)

Was die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie anbetraf, war von 1966 bis 1971 folgendes Verhältnis zu konstatieren:

- 1966 betrug ihr durchschnittlicher Bruttostundenverdienst in der Industrie insgesamt (alle Leistungsgruppen) 68,8 Prozent ihrer männlichen Kollegen,
- 1970 64,6 Prozent,
- 1971 69,7 Prozent.

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (alle Leistungsgruppen)

	Männer in DM	Frauen in DM	Frauen i. % d. Männerlöhne
1966	4,84	3,33	68,8
1970	6,49	4,49	69,2
1971	7,25	5,05	69,7

(Quelle: Stat. Bundesamt, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Differenziert nach Leistungsgruppen war das Verhältnis der Männer- zu den Frauenlöhnen insofern recht unterschiedlich, als sich der Abstand mit abnehmender Qualifikation verringerte.

Frauen- in Prozent der Männerlöhne nach Leistungsgruppen

	LG I	LG II	LG III	LG I	LG II	LG III	Frauen I	II	III
	in DM			in DM			in % d. Männerlöhne		
1966	5,14	4,64	4,13	3,69	3,42	3,21	71,8	73,7	77,7
1970	6,90	6,23	5,59	4,90	4,56	4,37	71,0	73,2	78,2
1971	7,74	6,92	6,20	5,48	5,12	4,92	70,8	74,0	79,4

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Als Erklärung für die Differenz von Frauen- und Männerlöhnen innerhalb der Leistungsgruppen wird vom Stat. Bundesamt angegeben, daß zum einen bei den männlichen Arbeitern eine höhere Zahl von geleisteten Nacht-, Sonntags- und Überstunden anfällt, zum anderen wird jedoch auf das unterschiedliche Qualifikationsgefüge bei Männern und Frauen verwiesen.

Das besagt indes eine stark voneinander abweichende Bewertung der formal gleich bestimmten Qualifikation für die Einstufung in die verschiedenen Leistungsgruppen.

So notwendig es ist, die diskriminierende Einstufung eines Großteils der Arbeiterinnen in sog. Leichtlohngruppen abzuschaffen, so notwendig wäre es darüber hinaus, das Bewertungssystem im Hinblick auf die Entlohnung der Frauen überhaupt grundlegend zu ändern.

Beispielsweise ist die Ausbildungsqualifikation für die Leistungsgruppe 1 bei Frauen und Männern gleich hoch. Das zum Zuge kommende Bewertungsverfahren unterbewertet aber die der Frauen. Ihre Arbeitskraft spart damit dem Unternehmen einen beachtlichen Aufwand. Indem so der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ unterlaufen wird, verbessert sich automatisch die Profitlage der Industrie.

Prinzipiell verhält es sich ebenso bei den weiblichen Angestellten in Industrie und Handel.

Das Verhältnis von Frauengehältern zu denen der männlichen Angestellten belief sich

- 1966 auf 60,9 Prozent,
- 1970 auf 61,2 Prozent,
- 1971 auf 61,8 Prozent.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel

	Männer in DM	Frauen in DM	Frauen i. % d. Gehälter männlicher Angestellter
1966	1134	690	60,9
1970	1519	930	61,2
1971	1690	1044	61,8

(Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/II, laufend)

Wie bei den Arbeiterinnen, so zeigt sich auch bei den weiblichen Angestellten ein erhebliches Abweichen ihrer Arbeitsentgelte von denen der Männer in den einzelnen Leistungsgruppen, wenngleich in dieser Berufssparte der Abstand nicht ganz so kraß ist.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen in DM

	II	Männer III	IV	V
1966	1 483	1 118	821	701
1970	1 946	1 474	1 093	948
1971	2 148	1 629	1 220	1 046

	II	Frauen III	IV	V
1966	1 163	857	623	532
1970	1 523	1 144	824	710
1971	1 682	1 275	925	793

Frauen- in Prozent der Gehälter männlicher Angestellter

1966	78,4	76,7	75,9	75,9
1970	78,3	77,6	75,4	74,9
1971	78,3	78,3	75,8	75,8

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/II, laufend)

Es läßt sich zusammenfassend feststellen, daß die Frauenarbeit in Industrie und Handel für die Unternehmen im Durchschnitt 25 Prozent „billiger“ ist als die der Männer. Bei einer Bruttolohn- und Gehaltssumme in der Industrie von rund 15 Mrd. DM im November 1972 (Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 15*) hat demnach die Unterbewertung der Frauenqualifikation und -arbeit im Maximalfalle ca. 4 Mrd. DM Aufwand „gespart“.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Auch 1972 gelang es den Gewerkschaften — wie in den vorangegangenen Jahren — nicht, den Anteil der abhängig Beschäftigten am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen zu steigern. Er stagnierte weiterhin und verharnte auf 38,9 Prozent (Nettolöhne, -gehälter im Verhältnis zum NSP).

	NSP zu Marktpreisen in Mrd. DM	Nettolohn- u. -gehaltssumme	%-Anteil der Nettolohn- u. -gehälter am NSP
1970	611	237	38,8
1971	674	262	38,9
1972	735	286	38,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 76, 80)

Steuerprogression, steigende Sozialversicherungsbeiträge und abflachender Lohn- und Gehaltszuwachs verhinderten eine Erhöhung des Lebensstandards sowie eine Verbesserung der Vermögenslage des überwiegenden Teils der Beschäftigten.

Dieses negative Ergebnis der Verteilungsauseinandersetzung ist der Niederschlag beständigen, bisher jedoch nicht honorierten „konjunkturpolitischen Wohlfühlens“ der Gewerkschaften.

Zwar sieht das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) ganz klar die Niederlage im Verteilungskampf, es werden indes immer noch keine Konsequenzen in Richtung einer aktiven Lohnpolitik gezogen.

Das WSI stellte in einer Analyse des Sachverständigenrat-Jahresgutachten für 1973 fest: „... daß eine verzögerte Lohnanpassung und die damit verbundenen erhöhten Gewinne den nächsten Zyklus programmieren würden ... Wenn man dies ... konstatiert ..., muß man das Jahr 1973 ... hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit als Problemjahr ansehen.“ (WSI Mitteilungen 1/1973, S. 2)

In Globalzahlen ausgedrückt, sicherten sich auf Kosten vor allem der Arbeiterklasse Unternehmen und Staat 1971/72 folgende Einkommensgrößen:

	Gesamte eigene Finanzierungs- mittel der Unternehmen*	Überschußbildung des Staates**	Finanzierungsüberschuß der Sozialversich.
1971	121	15	6,8
1972	129	11	7,7

* Nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen, Vermögensübertragungen
** Laufende Einnahmen abzüglich laufende Ausgaben (einschließlich Nettoinvestitionen) ohne Saldo der Vermögensübertragungen

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 78; Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 3/1973, S. 18, 23)

Was den Unternehmenssektor betrifft, so erwirtschaftete er 1972 laut Bundesbank-Angaben eine Selbstfinanzierungsquote von 65 Prozent. Hinzu trat 1972 eine beträchtliche Geldvermögensbildung in Höhe von 21 Mrd. DM (1971 11,5 Mrd.), die in Erwartung von Kreditverknappung, Investitionsbesteuerung, Aussetzung der lukrativen Abschreibungsmöglichkeiten vorgenommen wurde.

Zu diesen Zahlen ist überdies zu bemerken, daß sie höchstensfalls einen Trend markieren, da die nichtentnommenen Gewinne keineswegs den wirklichen Umfang der unternehmerischen „Innenfinanzierung“ widerspiegeln. Die Basis der statistischen Berechnungen bildet das veröffentlichte Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nicht die „interne“ Bilanz. Das heißt, die „stillen Reserven“ (unsichtbare Selbstfinanzierung) aufgrund höherer Bewertung der Passiva, Passivierung von Pensionsrückstellungen usw. gehen in die amtlichen Statistiken nicht ein.

Das Einfrieren der Lohn- und -gehaltquote bedeutet darüber hinaus eine zusätzliche Umschichtung des volkswirtschaftlichen Mehrertrags.

1973 dürfte sich dieses Mißverhältnis rapide beschleunigen. Der Sachverständigenrat gibt folgende, eher noch zu vorsichtige, Verteilungsprognose: Einer Wachstumsrate der Nettoeinkommen aus abhängiger Arbeit von höchstens 9 Prozent dürfte eine Rate der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von mindestens 17 Prozent gegenüberstehen. Der Prognose zufolge „wird es ... mit Sicherheit ... zu einer außergewöhnlichen Diskrepanz der Einkommensentwicklung kommen.“ (Sondergutachten, Ziffer 12)

4.2 Vermögensverteilung

Aufgrund der durch die Inflation verschärften Einkommensumschichtung zugunsten der Masse der abhängig Beschäftigten kommt es zu einer immer schnelleren Vermögenskonzentration in wenigen privaten Händen.

Dies ist der aktuelle Hintergrund der wieder entfachten Debatte um die Vermögensverteilung innerhalb des DGB und der Bundestagsparteien.

Das Eintreten von DGB und SPD für öffentliche Vermögensfonds, irreführend als „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“ deklariert, übersieht und verdeckt drei Tatbestände:

1. Die Bilanzgewinne zur Basis der prozentualen Abführung zu nehmen bleibt sinnlos, weil die privatunternehmerische Sachwertbildung nur zum geringen Teil aus den veröffentlichten Bilanzgewinnen finanziert wird.
2. Die Großunternehmen werden wegen ihrer zunehmenden multinationalen Ausdehnung durch nationale Vermögensabgaben in ihrer Vermögensstruktur kaum getroffen.

3. Werden die ausgewiesenen Gewinne um eine Vermögensabgabe gekürzt, folgt sofort das damit begründete Lohn-diktat und ein Zusammenbruch der ohnehin schwachen ökonomischen Position der Gewerkschaften im Verteilungskampf, ohne daß

4. die gesellschaftliche Macht des Monopolkapitals auch nur beeinträchtigt wäre, da ja die private Aneignung des Mehrertrags ungehemmt weiter vor sich geht.

Die derzeitige Vermögensentwicklung ist zunächst mit Lohnerhöhungen mindestens um das Doppelte der Inflationsraten zu beeinflussen.

1. Aus der Differenz von Einnahmen privater Haushalte (bis zu einem Nettoeinkommen von 10 000 DM) aus der Aufnahme von Krediten und Auflösung von Vermögen einerseits sowie der Rückzahlung von Krediten und Ausgaben für Vermögensbildung andererseits geht hervor, daß bis zur Höhe der Abhängigendurchschnittseinkommen Vermögen überhaupt nicht gebildet werden kann. Die Rückzahlung von Krediten (einschließlich Zinsen) übersteigt — im Verhältnis zum Einkommen — die Kreditaufnahme so stark, daß nennenswerte Beträge für effektive Vermögensanlage nicht mehr übrigbleiben. Insbesondere schlagen die hochverzinsten Ratenschulden zwischen einem Drittel und der Hälfte der gesamten Kreditrückzahlung kräftig zu Buch.

2. Erst bei Einkommen ab 2500 DM netto je Haushalt stellt die Sachanlage den größten Posten der Vermögensbildung dar.

3. Der Kauf von Wertpapieren erreicht nur bei den höchsten Einkommenskategorien ins Gewicht fallende Größenordnungen.

Einnahmen privater Haushalte aus Vermögen und Kreditaufnahme in DM (Monatsdurchschnitt 1969)

Monatliches Haushaltsnetto- einkommen von ... bis ... DM	Einnahmen insgesamt	Abhebung von Spar- konten	Auszahlg. Bauspar- guthaben	Aufnahme von Krediten	darunter: Raten- schulden
300 — 600	48	23	—	6	3
600 — 800	83	37	—	15	5
800 — 1 000	118	54	6	25	9
1 000 — 1 200	144	62	10	34	10
1 200 — 1 500	201	83	17	58	14
2 500 — 10 000	707	223	71	253	18

Ausgaben privater Haushalte für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung (Monatsdurchschnitt 1969)

Monatliches Haushaltsnetto- einkommen von ... bis ... DM	Ausgaben insgesamt	Erhöhg. d. Sach- verm.	Einzahlg. auf Spar- konten	Kauf von Wert- papieren	Rück- zahlg. v. Kred.	dar-: Raten- schuld.
300 — 600	67	4	35	3	8	4
600 — 800	132	18	59	5	21	8
800 — 1 000	189	29	77	7	34	10
1 000 — 1 200	249	39	96	8	52	13
1 200 — 1 500	360	66	129	15	80	17
2 500 — 10 000	1 727	491	372	151	381	25

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 95 f.)

Die Relation zwischen Anzahl der Sparbücher und den Spareinlagen weist zudem auf, wie aussagegelos in sozialer Hinsicht die Globalstatistiken über die Geldvermögen der privaten Haushalte sind: bis unter 300 DM Spareinlagen zwar 47,4 (1969) bzw. 47,6 (1970) Prozent der Sparbücher, aber nur 1,7 Prozent der Gesamteinlagen; bis unter 1 000 DM rd. 63 (1969) bzw. 65 (1970) Prozent der Bücher, jedoch ca. 6 Prozent der Einlagen. Dagegen: ab 10 000 DM rd. 5 Prozent aller Sparbücher, indes 50 Prozent der Einlagen!

Sparkassenbücher und -einlagen bei den Sparkassen 1969 und 1970

Größenklassen in DM	Sparkassen- bücher i. 1000	-einlagen o/o	Sparkassenb. i. 1000	-einlagen o/o
bis unter 300	22 591	47,4	1 940	1,7
300 bis unter 1 000	7 492	15,7	4 410	3,9
1 000 bis unter 3 000	8 484	17,8	14 745	13,1
3 000 bis unter 10 000	6 738	14,2	36 148	32,1
10 000 und mehr	2 325	4,8	55 649	49,4

(Quelle: Sparkassenfachbuch 1972, S. 440)

Unter dem Druck der Inflation haben sich im 1. Vj. 1973 die Nettoeinlagen bei den Sparkassen um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal verringert, dagegen die Konsumkredite wesentlich erhöht.

Allein im März d. J. wurden von den Sparkassen netto 300 Mio. DM abgezogen, nachdem im gleichen Vorjahresmonat noch netto 1,2 Mrd. DM Zugang gemeldet wurden. Die Entsparung diente dabei ausschließlich der Konsumfinanzierung! (Handelsblatt, 2. 5. 1973) Da die Löhne und Gehälter im Vergleich zu den Staatseinnahmen und der Inflation lediglich minimal zunehmen und längst nicht mehr deren Zuwachsraten einholen, müssen selbst die spärlichsten Ansätze einer Rücklagenbildung zur Finanzierung des laufenden Konsums geopfert werden.

4.3 Staatliche Umverteilung

Die Kritik an der Verteilungsschiefe in der BRD wird von seiten der Unternehmer und des Staates mit dem Hinweis auf die Umverteilung beantwortet.

Tatsache aber ist, daß sog. Infrastrukturmaßnahmen („innere Reformen“) haushaltsmäßig immer weniger ausgestattet werden, nach dem 9. Mai d. J. sogar völlig abgebaut worden sind.

1. Im Bundeshaushalt 1973 wurden die Etats für Sozialinvestitionen nur um + 4,7 Prozent gegenüber 1972 aufgestockt, liegen damit um — 5 Prozent unter dem Anstieg des Bundeshaushaltes insgesamt (+ 9,7 Prozent; 120 Mrd. zu 110 Mrd. DM 1972).

2. Im einzelnen werden ausgegeben für:

— Rüstung	rd. 28 Mrd. = + 1,4 Mrd. DM
— Arbeit	rd. 23 Mrd. = + 1,2 Mrd. DM
— Verkehr	rd. 17 Mrd. = + 0,3 Mrd. DM
— Jugend, Familie, Gesundheit	rd. 4 Mrd. = + 0,1 Mrd. DM
— Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	rd. 4 Mrd. = + 0,5 Mrd. DM
— Bildung und Wissenschaft	rd. 3 Mrd. = + 0,2 Mrd. DM

(Quelle: FAZ, 4. 4. 73)

Zum Arbeitsetat ist zu erwähnen, daß darin sowohl die Rentenversicherung enthalten ist als auch z. B. Sozialhilfe oder Entschädigungszahlungen aufgrund der Gesetze über Kriegsfolgelasten.

Das am 9. Mai 1973 beschlossene 2. Stabilisierungsprogramm wird selbst die minimalen Zuwachsraten wirklicher Reformprojekte für 1973/74 zusammenstreichen:

- „Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern“ werden um 1 Mrd. DM reduziert;
- der Bund wird darüber hinaus alle „nicht auf rechtlichen oder internationalen Verpflichtungen“ beruhenden Ausgaben, also ausschließlich die für „innere Reformen“, um 700 Mio. DM verringern;
- die Länder wurden aufgefordert, im gleichen Verhältnis ebenso zu verfahren;
- die geplante Nettokreditaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden soll um 5,5 Mrd. DM weniger ausfallen, was praktisch der Aufgabe noch vorgesehener Strukturverbesserungen gleichkommt, da der ordentliche Finanzierungsspielraum durch feststehende Bindungen (etwa Rüstung, Arbeit) erschöpft ist;
- die Stilllegung von Steuerermehreinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden (rd. 5 Mrd. DM) verhindert auch über 1974 hinaus eine spürbare Reformpolitik.

(Angaben nach BMWI Tagesnachrichten, 9. 5. 1973)

Insgesamt sollen durch dieses „Stabilisierungs“-Konzept mindestens 15 Mrd. DM den staatlichen Haushalten entzogen werden. Die unsichtbare Umverteilung zugunsten der privaten Unternehmen ist damit für 1973/74 gesichert.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	BSP 1973 (geschätzt)				
a)	in jeweiligen Preisen	1973/1972	%	+ 14,0	1.1
b)	in Preisen von 1962	1973/1972	%	+ 7,0	1.1
2	Industrieproduktion				
a)	Index (1962 = 100)	März 1973	Pkt.	177	1.2
b)	gegenüber dem Vorjahr	März 1973	%	+ 6,5	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt gegenüber dem Vorjahr	Februar 1973	%	+ 11,3	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie gegenüber dem Vorjahr	Februar 1973	%	+ 17,7	1.2
5	Auftragseingang der Industrie				
a)	insgesamt gegenüber dem Vorjahr	März 1973	%	+ 16,7	1.2
b)	Auslandaufträge geg. d. Vorj.	März 1973	%	+ 31,9	1.2
c)	Inlandaufträge geg. d. Vorj.	März 1973	%	+ 12,1	1.2
6	Exportüberschuß	1. Vj. 1973	Mrd. DM	5,9	1.3
7	Währungsreserven	März 1973	Mrd. DM	87,1	1.3
8	Arbeitslose	April 1973	Tsd.	241	1.5
9	Industrieumsatz je Beschäftigtem				
a)	absolut	1972	DM	6000	1.6
b)	gegenüber dem Vorjahr	1972/1971	%	9,1	1.6
10	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern	4. Vj. 1972	%	1,7	3.1
11	Tariflöhne geg. d. Vorjahr	Februar 1973	%	8,7	3.1
12	Nettolohn- und -gehaltsumme				
a)	insgesamt	1972/1971	%	9,1	3.3
b)	je Beschäftigtem	1972/1971	%	9,4	3.3
13	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
a)	Index (1962 = 100)	April 1972/April 1971	Pkt.	10,2	3.4
14	Realeinkommenszuwachs	1972/1971	%	1,8	3.5
15	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie	Oktober 1972	Std.	43,2	3.6
16	Eigenfinanzierungsmittel der privaten Unternehmen	1972	Mrd. DM	129	4.1
17	Selbstfinanzierungsquote	1972	%	65	4.1
18	Nettolohn-, -gehaltsquote	1972	%	38,9	4.1

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um

16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird.
Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.
Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „-“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „..“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.